Nr. 127
A 64
Morgen-Ausgabe
Berlin
Donnerstag, 15. März 1928
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3666—3996. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Untersuchung im Donez-Gebiet

Die Gärung in der Arbeiterschaft

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wst **Moskau**, 14. März

In das Donez-Gebiet, das durch die Verhaftungen der deutschen Ingenieure in den Vordergrund des Interesses getreten ist, sind das Mitglied des Zentralkomitees der Partei und des Obersten Kriegs- und Revolutionsrates Bubnoff sowie der Vorsitzende des Zentralkomitees der Gewerkschaft der Bergarbeiter, Schwarz, abgereist. Die Entsendung zweier der höchsten leitenden Persönlichkeiten der Partei, um, wie es heißt, die dortigen Parteiorganisationen zu kontrollieren, Anormalitäten und Mißstände zu beheben und sogar eine Hüttenarbeiter-Gewerkschaft aufzulösen, zeigt erneut, daß in dem genannten Gebiet nicht nur die Haltung der technischen Spezialisten Sorge macht, sondern auch die Passivität der Arbeiterschaft selbst, wie es u. a. öffentlich auch in Nylows letzter Rede angedeutet wurde.

Nylow bestritt nicht die unzufriedene Stimmung der Arbeiter, allerdings daraus resultierende unerwünschte Erscheinungen und schließlich sogar eine Streikbewegung im Donezgebiet; nur führte er freilich dies alles auf die Hetzarbeit feindseliger Ingenieure zurück. Offenbar ist die Lage ernst genug, daß trotz der Aufdeckung der Sabotage-Verschwörung der Spezialisten und deren Verhaftung Bubnoff und Schwarz jetzt durch Auflösung einer Gewerkschaft und durch scharfe Kontrolle des Verhaltens und Arbeitens der Parteiorganisationen dort wieder normale und ruhige Verhältnisse herstellen sollen.

Auch die Schweiz interveniert in Moskau

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jb **Genf**, 14. März

Das eidgenössische Politische Departement hat heute, wie ich aus Bern erfahre, den schweizerischen Gesandten in Berlin, Dr. Rüesenacht, darum ersucht, er möchte durch Vermittlung der deutschen Regierung bei der Berliner Sowjetgesandtschaft sofort intervenieren, um nach Möglichkeit die Freilassung des in Rußland verhafteten schweizerischen Ingenieurs Dr. Goldstein aus Zürich, der bei der A. E. G. angestellt war, zu erwirken.

Parlamentarische Regierung in Warschau?

Pilsudskis „dritter Versuch"

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

ibi **Warschau**, 14. März

In der Wohnung des Obersten Slawek, des politischen Vertrauensmannes Pilsudskis, fand gestern abend, wie ich von zuverlässiger Seite höre, eine Zusammenkunft führender Mitglieder des Regierungsblocks statt. Auch der Marschall-Ministerpräsident selbst erschien und hielt eine politisch bedeutsame längere Rede über das zukünftige Verhältnis der Regierung zum Parlament.

Zum drittenmal, so führte Pilsudski aus, wolle er den Versuch zu einer Zusammenarbeit mit dem Sejm unternehmen. Da die Regierung jetzt eine so starke Anhängerschaft in der Volksvertretung besitze, wolle er ihr eine parlamentarische Grundlage zu geben suchen. Sehr wichtig für die Zusammenarbeit von Sejm und Regierung sei die Auswahl der Persönlichkeiten des Sejmmarschalls (Parlamentspräsidenten). Zu diesem Amt müsse man einen Mann wählen, der in gleicher Weise mit den Regierungsgeschäften wie mit der parlamentarischen Praxis vertraut sei. Er schlage daher dazu seinen nächsten Mitarbeiter im Kabinett, den jetzigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Professor Bartel, vor.

Soweit der mir mitgeteilte Inhalt der Rede Pilsudskis, von der die polnische Presse noch heute keine Kenntnis hatte, die aber in politischen Kreisen besprochen und morgen daher auch wohl in den offiziösen Blättern veröffentlicht wird. Es ist daraus noch nicht zu entnehmen, ob Bartel etwa das ihm zugedachte neue Amt mit seiner bisherigen Tätigkeit im Kabinett vereinigen soll. Technisch wäre das sehr schwierig. Es werden daher schon Kandidaten für seine Nachfolger als stellvertretender Ministerpräsident genannt, darunter vor allem der Name des jetzigen Leiters des staatlichen Landeswirtschaftsrats, des Generals a. D. Gorecki, der zum engeren Kreis von Pilsudski gehört.

Das nächste Wort zum Vorschlag des Marschall-Ministerpräsidenten haben jetzt die Sejmparteien.

Rauscher erstattet Bericht

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

ibi **Warschau**, 14. März

Der deutsche Gesandte Ulrich Rauscher begibt sich heute abend nach Berlin, um der Reichsregierung Bericht über den Stand der Verhandlungen mit der polnischen Regierung zu erstatten.

d **Breslau**, 14. März

Die vereinigten deutschen und polnischen Sozialisten haben gegen die Gültigkeit der Senatswahlen in Polnisch-Oberschlesien Einspruch erhoben mit der Begründung, daß die Wahlen nicht ordnungsmäßig durchgeführt worden seien und unter starker Beeinflussung gestanden hätten. Ein Wahlprotest der deutschen Wahlgemeinschaft wird ebenfalls in den nächsten Tagen erfolgen. Damit sind also in Polnisch-Oberschlesien sowohl die Sejmwahlen, und zwar durch den Korfanty-Block, und nun auch die Senatswahlen angefochten worden.

Brot aus Baumrinde

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

m **Belgrad**, 13. März

In der heutigen Skupschtina-Sitzung kam es zu wüsten Skandalszenen. Da das Budget des Auswärtigen Amtes zur Verhandlung stand, waren die in Belgrad akkreditierten Diplomaten in großer Zahl erschienen und auch die Galerien voll besetzt. Die Opposition brachte eine Interpellation ein für Gewährung eines Kredites von 150 Millionen Dinar an die notleidende Bevölkerung. Der Redner der Opposition hob hervor, daß der Bevölkerung in Dalmatien, Bosnien, der Herzegowina und Montenegro, wo zehntausende Menschen dem Hungertode entgegensehen, **unzureichende Hilfe gewährt würde.** Dagegen seien Geldmittel für verschiedene andere Gebiete zur Verteilung gelangt, die nicht so bedürftig seien. Der Abgeordnete zeigte **ein Stück Brot aus Baumrinde,** was nach seiner Behauptung seit Monaten die einzige Nahrung in vielen Gegenden der Herzegowina bilde.

Der Minister für Sozialpolitik Radowitsch antwortete, die Regierung habe die für die einzelnen Gebiete gewünschten Unterstützungen zur Verfügung gestellt. Die meisten dieser Gebiete hätten aber die Durchführung öffentlicher Arbeiten gefordert, die aber erst nach Flüssigmachung der ausländischen Anleihe vorgenommen werden könnten. Während der Rede des Ministers erhob sich auf den Bänken der Opposition wiederholt großer Lärm. Stefan Raditsch rief dem Minister zu, er habe keinen Verstand, er sei ein Lausbub und ein Verbrecher. Der Minister nannte Raditsch einen Narren.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung beantragte der Präsident die Ausschließung Raditschs **von drei Sitzungen,** was durch Zuruf seitens der Regierungsmehrheit angenommen wurde.

Verschwörung in Chile

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wbe **London**, 14. März

Die chilenische Regierung hat angeblich eine „kommunistische Verschwörung" entdeckt, die von Europa aus in der Armee angezettelt sein soll. Die Führer der Bewegung sollen der ehemalige Minister Salas und der Sohn des ehemaligen Staatspräsidenten Allesandri sein, die beide in Europa leben. Die in Chile verhafteten Verschwörer sind nach der einsamen Insel Masa Fuera verbannt worden.

Groener im Reichstag

Von
Julius Elbau

Die deutsche Republik hat einen Wehrminister, der sein Debüt im Plenum des Reichstages dazu benutzt, um beiläufig zu bemerken, er bekenne sich, „wie wohl die Mehrzahl der Kriegsteilnehmer", zu einem gesunden und vernünftigen Pazifismus, der mit knechtischer Gesinnung nichts zu tun habe. Es gehört moralischer Mut dazu, ein solches Bekenntnis abzulegen. Haben es ja doch die Vorthelden, die am meisten dazu beitrugen, den Krieg und den Frieden zu verderben, allmählich dahin gebracht, daß manche Kreise des Volkes rasselndes Stammtischgerede als Wertmaßstab politischer Handlungen gelten ließen. Noch in den letzten Tagen ist ein Mann wie Quidde, der sein internationales Ansehen als Vorkämpfer des Pazifismus stets für die deutsche Sache gegen jedes Unrecht eingesetzt hat, von der deutschnationalen Presse beschimpft und verleumdet worden und die Friedensfeier in Freiburg, die dem deutschen Ansehen in der Welt sicherlich mehr gedient hat als alle Demonstrationen des Stahlhelms zusammengenommen, ist von denselben Kreisen in der skrupellosesten Weise angefochten worden. Nachdem jetzt Reichswehrminister Groener das erlösende Wort gesprochen, wird hoffentlich nicht nur das ihm unterstellte Ministerium seinen Kampf gegen den Pazifismus in jeder Gestalt — nicht nur gegen Auswüchse — einstellen, sondern auch das Auswärtige Amt wird den Mut fassen, die Bestrebungen seines Herrn und Meisters mit größerer Zuversicht und größerer Aktivität zu unterstützen, auch wenn es sich um Gutachten in Landesverrats-Prozessen handelt.

Groener ist kein Redner von blendender Vortragsgabe. Er ist zwar nicht wie andere Minister an das Manuskript gebunden, das irgendwelche Berater zurechtgestutzt haben. Er spricht mit ein paar Notizen in der Hand schlicht und frei, grad' und eingleisig, so wie man sich früher einen Soldaten vorgestellt hat, bevor die Dementiertunst als der militärischen Weisheit letzter Schluß galt. Kaum zwanzig Minuten brauchte er, um seine Gedanken vorzutragen, deren Wert darin liegt, daß es wirklich seine Gedanken sind, Gedanken, die, wie er sagt, „ernstlich geprüft und ernstlich erwogen" sind, Gedanken, die der Tat vorausgehen, wie der Donner dem Blitz.

Groener war Ludendorffs Nachfolger als Generalquartiermeister des Feldheeres. Er hat als Soldat eine glänzende Karriere gemacht, und ein weniger starker Charakter wäre gleich so vielen seiner Kameraden der Versuchung erlegen, die trübe Gegenwart resigniert abzulehnen und sich im Glanze der alten Zeiten zu sonnen. Stattdessen ist er immer wieder in die Bresche gesprungen, damals, als Ludendorffs Nerven versagten, und dann wieder, als der neue Staat seine Menschenkenntnis und seine Energie für die Lösung ziviler Aufgaben beanspruchte. Er hat den Pakt, den er in den schwersten Tagen des Zusammenbruchs zur Rettung von Staat und Volk mit Friedrich Ebert geschlossen hatte, getreulich eingehalten, im Wort und im Geist, ohne Vorbehalt und ohne Hinterhalt. Und noch eins stärkt das Vertrauen, das seiner Person gilt: seine Haltung als Chef des Kriegsamtes in den Zeiten des Hindenburg-Programms. Hätte er damals seinen Vorschlag durchsetzen können, die Gewinne der Kriegslieferanten einzuschränken, es wäre vieles vermieden worden, vielleicht sogar der Zusammenbruch, sicher aber die tiefe moralische Verderbnis und Verwilderung, aus der die Nutznießer der Inflation zu schwindelnder Höhe emporstiegen.

Als Soldat von praktischer Erfahrung und von großen theoretischen Kenntnissen bekennt sich Groener ohne Einschränkung zu dem Grundsatz der Ueberordnung der politischen Gesichtspunkte über die militärischen. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Aber für das verbogene Denken gewisser Gruppen geradezu eine revolutionäre Umstellung. Als Aufgabe der Wehrpolitik bezeichnet er es, Dienerin der Außenpolitik zu sein. Seine Definition der Aufgaben dieser Wehrmacht schließt alle jene gefährlichen und verderblichen Spielereien aus, die angeblich für alle möglichen Eventualitäten bestimmt waren und in Wahrheit nur die Reichswehr aufs schwerste belasteten, mit unbrauchbaren Menschen und Mitteln und mit dem Mißtrauen der breiten Volksmassen, ohne deren innere Zustimmung und Unterstützung der Wehrgedanke vertrocknen muß. Klipp und klar sprach Groener es aus, daß Heer und Flotte in der Republik großer militärischer Operationen überhaupt nicht fähig sind; ihr Aufbau und ihre Ausrüstung gehen lediglich die Möglichkeit, im Falle von Verwicklungen ein fait accompli zu verhindern und so viel Zeit zu gewinnen, bis die internationalen Instanzen eingreifen und — mit einem leisen Unterton von Ironie war es gesagt — das gesunde Weltgewissen sich regt.

Im Rahmen dieser Auffassung setzte sich der Reichswehrminister für die Genehmigung des Panzerschiffes A ein, der keine Forderung eines Ressorts darstelle, sondern von der Gesamtregierung gedeckt werde. Die großen Zweifel